

PRESSEMITTEILUNG

Trotz Corona-Krise: Kommunen in Schleswig-Holstein machen Überschüsse

Durch Bund und Land abgeschirmt von den Folgen der Corona-Krise, erreichten die Kommunen in Schleswig-Holstein auch im Jahr 2020 einen Überschuss. Die Investitionen wuchsen, die Hartz-IV-Ausgaben blieben stabil und die Kassenkredite wurden weiter reduziert. Der Ausblick für die Folgejahre ist stabil.

Gütersloh, 06. Juli 2021. Corona-Pandemie und die sich anschließende Rezession haben die Städte, Gemeinden und Kreise im Jahr 2020 in Summe finanziell wenig belastet. Über das Hilfspaket von Bund und Land konnten Haushaltskrisen abgewendet werden. Das berichtet der Kommunale Finanzreport 2021 der Bertelsmann Stiftung. Die Kommunen Schleswig-Holsteins setzten ihren Erholungstrend vorerst fort, erhöhten die Investitionen und reduzierten die Kassenkredite.

Geringster Rückgang der Gewerbesteuer

Die Krise traf die Kommunen vor allem über die Gewerbesteuer, die bundesweit im Aufkommen um 9 Milliarden Euro zurückging (18 Prozent). In Schleswig-Holstein war der Rückgang mit vier Prozent sehr gering. Da gleichzeitig der Umlagesatz an das Land reduziert wurde und die Kommunen einen höheren Anteil des Aufkommens behalten durften, hatten die Gemeinden in Schleswig-Holstein letztlich sogar 100 Millionen Euro höhere Gewerbesteuern in den Kassen als im Vorjahr. Die Gewerbesteuer ist seit 2015 spürbar (über 40 Prozent) gestiegen und lag zuletzt je Einwohner über dem Aufkommen von Niedersachsen und fast dem Doppelten von Mecklenburg-Vorpommern.

Investitionen steigen deutlich

Durch die Stabilisierung der Haushalte konnten die Kommunen ihre Pläne im Jahr 2020 relativ unbeschadet umsetzen. Die kommunalen Investitionsausgaben setzten den mehrjährigen Wachstumstrend fort und erreichten im Jahr 2020 in Summe ein Hoch von 1,8 Milliarden Euro. Gleichwohl liegen die Kommunen im Ländervergleich nur im Mittelfeld und unter dem Bundesdurchschnitt. „In Bayern investieren die Kommunen je Einwohner etwa die Hälfte mehr denn in Schleswig-Holstein“, sagt Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Bertelsmann Stiftung.

Hartz-IV-Ausgaben bleiben stabil

In der Wirtschaftskrise sind die Ausgaben der Kommunen für die Wohnkosten der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften stabil geblieben. Gleichwohl ist die Belastung in Schleswig-Holstein vergleichsweise hoch und liegt circa 20 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Die Ausgaben je Einwohner sind spürbar höher als in Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Die Städte Flensburg und Kiel gehören zur bundesweiten Gruppe der Kommunen mit der höchsten Ausgabenbelastung. „Kiel trägt je Einwohner die dreifache Last des Kreises Rendsburg-Eckernförde“, sagt René Geißler, Professor für öffentliche Verwaltung an der Technischen Hochschule Wildau und Mitautor des Kommunalen Finanzreports. Gering sind die Ausgaben in den Kreisen Stormarn, Schleswig-Flensburg, Plön und Nordfriesland.

Kassenkredite um zwei Drittel abgebaut

Die Kassenkredite, quasi der Dispo-Kredit der Kommunen, gelten als zentraler Krisenindikator. Sie gehen im Regelfall einher mit hohen Sozialausgaben und Steuersätzen, mit niedrigen Investitionen und allgemein geringen Handlungsspielräumen für die Lokalpolitik. Beliefen sich diese 2015 landesweit auf 700 Millionen Euro, konnten sie bis 2020 deutlich um 270 Millionen Euro reduziert werden. Viele Jahre haben sich die Haushaltsprobleme in den kreisfreien Städten geballt. Im vergangenen Jahr lagen die Kassenkredite nur noch auf einem unproblematischen Niveau. „Ein beachtlicher Erfolg von Land und Kommunen, der in den Folgejahren nicht leicht zu halten sein wird“, prognostiziert Geißler

Beispiellose Hilfsprogramme von Bund und Land

Um die Kommunen in der Krise finanziell handlungsfähig zu halten, reagierten Bund und Land im Frühjahr 2020 mit einem beispiellosen Hilfsprogramm. Finanziert wurden sie durch die Aussetzung der Schuldenbremse.

Die fiskalisch bedeutsamste Maßnahme war die Erstattung der Ausfälle der Gewerbesteuer für das Jahr 2020 durch Bund und Land gemeinsam. Auf die schleswig-holsteinischen Kommunen entfielen dabei 330 Millionen Euro. Da die Rezession milder verlief als geschätzt und ein Teil der Gewerbesteuerumlage auslief, stand den Kommunen einschließlich der Erstattungen somit ein deutlich höheres Steueraufkommen zur Verfügung als im Vorjahr.

Im Jahr 2020 hat der Bund seinen Kostenanteil an den kommunalen Hartz-IV-Kosten (Kosten der Unterkunft – KdU) in allen Ländern um 25 Prozentpunkte auf bis zu 74 Prozent der bundesweiten KdU-Ausgaben erhöht. Für Schleswig-Holstein bedeutete das im vergangenen Jahr rund 130 Millionen Euro. Diese Hilfen erreichen überwiegend Städte mit höheren Soziallasten. So erhalten zum Beispiel die Städte Kiel und Flensburg 20 beziehungsweise 7 Millionen Euro jährlich. „Das ist für die Städte in Schleswig-Holstein ein echter Befreiungsschlag, der neue Spielräume schafft“, erklärt Witte.

Ausblick stabil

Das Jahr 2020 haben die Kommunen durch Finanzhilfen von Bund und Land finanziell unbeschadet überstanden. Positiv ist, dass das Land den kommunalen Finanzausgleich in den Jahren 2021 bis 2024 unterstützt. Da der Steuerverlust gering war und die Jahre vor Corona zur Sanierung der Finanzen genutzt wurden, ist der Ausblick der kommunalen Finanzen stabil.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die regionalen und zeitlichen Trends wichtiger Indikatoren für die Kommunen der Flächenländer aufzuzeigen. Er wird in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und Experten aus der Praxis erarbeitet.

www.kommunaler-finanzreport.de

Unsere Ansprechpartner:innen: Dr. Kirsten Witte, Telefon: 05241 8181030
E-Mail: kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142
E-Mail: rene.geissler@th-wildau.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de